

Auszug aus dem „Wahlprogramm für die Gemeinderatswahl 2010“ der Wiener Grünen

6.4 Teilhabe an der Stadt

Mitbestimmung und Teilhabe werden durch die Ökonomisierung der Politik (Privatisierungen, Auslagerungen, New Public Management) geschwächt. Und statt der versprochenen Effizienz, Kundenfreundlichkeit und Kostenersparnis werden die Leistungen unzureichend, ineffizient, unsozial und ungerecht. So bekommen die Leistungen der öffentlichen Hand ein schlechtes Image.

Politik und Verwaltung sind intransparent, Abläufe und Entscheidungen nicht nachvollziehbar. Was Information, Kommunikation und Beteiligung anlangt, wird noch mit dem Repertoire der 1960er-Jahre gearbeitet. Die wenigen zaghaften Versuche von Bürgerbeteiligung werden eher zurückgefahren als ausgeweitet oder vertieft. Den Verlust an Reputation und Legitimation haben sie also zu einem großen Teil selbst zu verantworten. Die Folge sind abnehmendes Vertrauen in die demokratischen Institutionen und zunehmende Politikverdrossenheit.

Das Grüne Wien setzt auf das Interesse und das Engagement der WienerInnen und experimentiert mit neuen und alten Formen von Mitbestimmung und Beteiligung. So dass wir bei Entscheidungen, die uns betreffen, in einem möglichst großen Ausmaß mit dabei sind.

Im Grünen Wien werden möglichst wir alle zu PolitikerInnen, die selbstbestimmt UND solidarisch für ihre Interessen eintreten und sich dennoch als Teil des Ganzen begreifen, Menschen, die sich aktiv an der Gestaltung der Stadt beteiligen.

Im Grünen Wien wird Engagement und Beteiligung an vielen Orten gefordert und gefördert. Das Grüne Wien ist eine Stadt, in der Alte und Junge, Arme und Reiche, **Frauen und Männer** dazu ermutigt und befähigt werden, mehr Demokratie zu leben.

6.4.1 Mitbestimmung und Beteiligung an der Politik

Soll Teilhabe (Öffentlichkeitsbeteiligung, Bürgerbeteiligung) in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Sektors eine Rolle spielen, braucht es eine breite Palette an partizipativ-demokratischen Instrumenten – je nach Zielgruppe und Problemstellung.

Das Grüne Wien setzt kräftige Impulse und experimentiert mit unterschiedlichsten Beteiligungsformen. Und es wird massiv in Teilhabe investiert. Es gibt ein **flächendeckendes Netz niederschwelliger Anlaufstellen**, das es uns ermöglicht und uns ermutigt, uns aktiv einzubringen.

6.4.1.1 Ausbau der Lokalen Agenda 21

Die Lokale Agenda 21 läuft seit mehreren Jahren in verschiedenen Bezirken in Wien: Der Verein Lokale Agenda 21 beauftragt unter dem Motto „Mitgestalten für eine nachhaltige Entwicklung“ verschiedene Institutionen damit, BürgerInnen bei der Erarbeitung und Umsetzung von Projekten zu unterstützen. Es werden Ausstellungen, Grätzelfeste, Gestaltung des öffentlichen Raums oder Filmabende geplant und durchgeführt. Unterstützung kommt dabei häufig von der Stadt oder vom Bezirk.

6.4.1.2 Offene Stadtteilzentren

Im Grünen Wien werden die schon vorhandenen Öffentlichkeitsbeteiligungsinstrumente (LA 21, Gebietsbetreuung, Nachbarschaftszentren, Jugendzentren) in offenen Stadtteilzentren vor Ort gebündelt, koordiniert und erweitert. BürgerInnen, die in der Gemeinschaft aktiv werden wollen, bekommen dort Infrastruktur und fachliche Unterstützung, um sich „bottom-up“ an der Gestaltung der Stadt zu beteiligen.

6.4.1.3 Teilhabebudget

Ein Teilhabebudget bzw. Bürgerhaushalt, wie er schon weltweit in zahlreichen Städten mit Erfolg eingeführt wurde, befördert auch im Grünen Wien das Zusammenwirken von Öffentlichkeit (Zivilgesellschaft), Politik und Verwaltung.

Die BürgerInnen haben in diesem Prozess der Budgeterstellung das erste Wort. Die Politik muss in der Folge genau Rechenschaft darüber ablegen, welche Anliegen der BürgerInnen umgesetzt werden und welche nicht. Eine übersichtliche und transparente Darstellung der Budgets ist dabei Grundvoraussetzung. Alle budgetären Maßnahmen werden auf ihre Folgen für die Umwelt, die Geschlechtergerechtigkeit und die soziale Sicherheit überprüft.

6.4.1.4 Mitgestaltung im Bezirk

Grüne Bezirke setzen auf mehr Einbindung und Mitsprache der Bevölkerung. Doch momentan steht den Bezirken zur Erfüllung ihrer Aufgaben (Bezirkskultur, Instandhaltung von Schulen und Kindergärten, Straßenerhaltung, Parks und Grünflächen, Jugendbetreuung) viel zu wenig Geld zur Verfügung. 30 % mehr – und BewohnerInnen können ihre Umgebung ernsthaft mitgestalten.

6.4.1.5 Fonds für Bürgerinitiativen und NGOs

BürgerInneninitiativen stehen häufig vor dem Problem, keinerlei finanzielle Mittel für Expertisen, Gegengutachten und Ähnliches zur Verfügung zu haben.

Im Grünen Wien wird offene und transparente Politik gemacht. Eine Politik, in die sich eine lebendige, unabhängige Zivilgesellschaft einmischt. Eine Stadt, in der auch die **Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen** gesichert ist, ohne dass diese am Gängelband der SPÖ hängen. Im Grünen Wien gibt es einen selbst verwalteten Fonds für Bürgerinitiativen und NGOs.

Außerdem bieten sogenannte Nachbarschaftsfonds einfach und unbürokratisch Finanzierungsmöglichkeiten für Kleinprojekte im kulturellen und sozialen Bereich.

6.4.2 Budgeterstellung

6.4.2.1 Transparenz ins Budget

Das Stadtbudget mit seinen rund 11 Milliarden Euro ist für Außenstehende nicht nachvollziehbar, Milliardenbeträge aus ausgegliederten Bereichen scheinen im Stadtbudget gar nicht auf. Und damit wissen in so wichtigen Bereichen wie Fonds Soziales Wien, Wiener Wohnen und Wiener Linien nicht einmal die gewählten GemeinderätInnen, wie viel wofür ausgegeben wird.

Das Grüne Wien macht sein Budget vollständig transparent. Das Internet macht's möglich: JedeR WienerIn kann für alle öffentlichen Bereiche bis ins letzte Detail nachvollziehen, was mit dem Geld der Stadt geschieht. Eine wesentliche Voraussetzung für mehr Mitsprache der Bevölkerung.

6.4.2.2 Gender Budgeting

Die bisherigen Versuche einzelner Magistratsabteilungen, die Ausgaben dahingehend zu analysieren, ob eher Männer oder Frauen davon profitieren, stecken noch in den Kinderschuhen. Selbst wenn Unterschiede erkannt werden, bleibt dies ohne Konsequenzen. Das Grüne Wien nimmt Gender Budgeting ernst. Wir wollen, dass Männer und Frauen gleichermaßen von den Ausgaben der Stadt profitieren.

6.4.3 Stadtplanung mit BürgerInnenbeteiligung und BürgerInnenrechten

Die Planungsinstrumente der Stadt Wien sind veraltet und für viele Menschen unverständlich. Bei Großprojekten werden in erster Linie die Interessen von Investoren berücksichtigt. Die BürgerInnen werden kaum in Planungs- und Stadtentwicklungsentscheidungen einbezogen. Die Konsequenzen dieses fehlenden Interessenausgleichs sind sichtbar, vor allem bei neuen Stadtentwicklungsgebieten (Donau-City, Leberberg, Tokiostraße).

Die Stadt Wien verhandelt jahrelang hinter verschlossenen Türen. Dann kommt die Flächenwidmung, und die Betroffenen werden das erste und letzte Mal damit konfrontiert – mit Instrumenten der „Mitbestimmung“ aus den 1960er-Jahren. Dazu kommt, dass Stellungnahmen zu Flächenwidmungsplänen meist unberücksichtigt bleiben. In der heutigen „Wissensgesellschaft“ eine Zumutung für die Betroffenen und zudem dumm, da das Wissen der AnrainerInnen nicht genutzt wird.

Im Grünen Wien werden AnrainerInnen-Rechte in der Stadtplanung gestärkt. Bei Garagenbauten unter Spielplätzen oder Schulhöfen sind nicht die autofahrenden AnwohnerInnen entscheidend, sondern die NutzerInnen des zu verbauenden Areals. AnrainerInnen vor vollendete Tatsachen zu stellen – wie am Bacherplatz, am Naschmarkt oder im Augarten – ist einer demokratischen Stadt unwürdig. Immerhin sind sie diejenigen, die später mit allfälligen Planungsfehlern oder der Einschränkung ihres Freiraums leben müssen. Ein gemeinsam ausgehandelter Plan stößt auf mehr Zustimmung und verbessert das Zusammenleben.

Das Grüne Wien nimmt seine Verantwortung als Bauherrin wahr. Bauen ist ein öffentlicher Akt.

Im Grünen Wien werden die BürgerInnen in Planungs- und Stadtentwicklungsprojekte von Beginn an einbezogen, und es wird für einen fairen Interessensausgleich gesorgt: Einführung von klaren Rahmenbedingungen für Information und Mitsprachemöglichkeit bei Projekten, sowie für Mediations- und Beteiligungsverfahren
Verbesserung der Mitbestimmungsrechte in der Bauordnung
standardisierte 3D-Visualisierung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen
Erarbeitung von Bezirksentwicklungsplänen in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung; diese sind für die Flächenwidmungsplanung verbindlich
Ausstellungen und breite Diskussion zu Projekten und Wettbewerben
faire Vergabeverfahren
faire Wettbewerbsverfahren bei Städtebau, Architektur und Freiraumplanung, die innovative und nachhaltige Lösungen bringen. Schluss mit der Freunderlwirtschaft, denn es geht um die Gestaltung unseres Lebensraums.

6.4.4 Demokratische Organisation des öffentlichen Raums

Wien braucht Raum für alle, gleich ob arm oder reich. Raum zur Begegnung und auch zur politischen Auseinandersetzung. Im Grünen Wien wird der öffentliche Raum **demokratisch organisiert**. Raum ist mehr als Konsumraum, der nur jenen zur Verfügung steht, die dafür bezahlen. Im Grünen Wien bleibt Raum als öffentlicher Raum erhalten und wird zurückerobert. Der Privatisierung von öffentlichem Raum wird Einhalt geboten.

6.5 Wien demokratisieren

Demokratie funktioniert nicht mit der Vergabe von Privilegien an wenige, die es sich richten können. Demokratie hat das Ganze im Blick und baut auf Fairness, Solidarität und Nachteilsausgleich auf.

Das Grüne Wien fördert demokratische Strukturen und ermöglicht damit die aktive Beteiligung der BürgerInnen und die Bildung einer lebendigen Zivilgesellschaft.

Das Grüne Wien legt Wert darauf, dass sich Frauen und Männer gleichermaßen in politische Gestaltungsprozesse einbringen. Darum wird die Parteien- und Klubförderung an Frauenquoten gekoppelt.

6.5.1 Drei-Säulen-Demokratie

Die repräsentative Demokratie, also die Wahl von Parteien im Fünfjahres-Rhythmus, garantiert nur unzureichend die Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen. Wer nur alle fünf Jahre einmal ein Parteiprogramm wählen darf, hat nichts in der Hand. Denn Wahlversprechen sind genauso inflationär wie unverbindlich. Wenn die Gewählten, einmal in der Regierung, ihre Absichten nicht einlösen, sind wir als WählerInnen weitgehend machtlos.

Wir müssen bis zur nächsten Wahl warten und können dann eine Regierung dafür „abstrafen“, dass sie ein uns besonders wichtiges Versprechen gebrochen hat. Bloß wie? Müssen wir deswegen die Partei wechseln? Gibt es überhaupt eine Partei, deren Programm mir in Summe besser gefällt? Was, wenn gar keine kandidierende Partei den Inhalt im Programm hat, der mir am wichtigsten ist? Was, wenn die „bestrafte“ Partei gar nicht versteht, wofür sie bestraft wurde, weil es nicht möglich ist, sie für eine Einzelsachentscheidung zu bestrafen, sondern nur für die gesamte Legislaturperiode? Die repräsentative Demokratie ist infolge dieser Bedingungen und Entwicklungen in einer Krise.

Im Grünen Wien wird Demokratie weiterentwickelt. Neben der repräsentativen Demokratie wird mit neuen Formen der direkten und der partizipativen Demokratie experimentiert: Für eine lebendige Demokratie müssen möglichst viele Menschen auf möglichst vielen Ebenen mitdiskutieren, mitentscheiden und mitgestalten können – auch zwischen den Wahlen und in allen Bereichen des Lebens. Konkret bedeutet das einerseits, dass die Bevölkerung ein Gesetz, das ihr Missfallen erregt, mit Stimmenmehrheit ablehnen kann. Und zum anderen, dass sie selbst ein Gesetz, das nicht im „Angebot“ der Regierung enthalten ist, auf Schiene bringen und beschließen kann.

Das Grüne Wien führt dazu das bereits von einigen Nichtregierungsorganisationen geforderte Verfahren der „Dreistufigen Volksgesetzgebung“ ein:

Eine BürgerInneninitiative, die gleich viel Unterstützungserklärungen vorlegen kann, wie ein Gemeinderatssitz bei der letzten Wahl wert war (derzeit rund 15.000 Stimmen), hat das Recht auf einen Initiativantrag im Gemeinderat. Wird dieser abgelehnt, können die BürgerInnen – bei Vorlage von Unterstützungen, die zwei Mandaten entsprechen – ein Volksbegehren initiieren. Scheitert dieses ebenfalls am Gemeinderat, besteht die Möglichkeit, bei einer Unterschriftenhürde äquivalent zu drei Mandaten eine Volksabstimmung zu erzwingen. Dieses Abstimmungsergebnis ist dann für die Stadtregierung verbindlich.

Überall dort, wo dies sinnvoll erscheint – von lokalen Raumplanungs- und Flächenwidmungskonzepten bis zur Erstellung des Stadtbudgets – werden partizipative Demokratiemodelle ausprobiert und gefördert. Das reicht von verbindlichen Bürgerbeteiligungsverfahren im Grätzel bis hin zum sogenannten Bürgerhaushalt, wo die gesamte Stadtbevölkerung in die Budgeterstellung miteinbezogen wird. Dafür gibt es bereits mehrere erfolgreiche Modelle – etwa in Millionenstädten wie Sevilla, Porto Alegre oder Köln. Wer zahlt, schafft an – also wir alle.

6.5.2 Wahlrecht demokratisieren

Derzeit werden größere Parteien durch das Wiener Wahlrecht stark bevorzugt. Im Grünen Wien wird die Wiener Gemeindewahlordnung so reformiert, dass Mandate künftig streng proportional entsprechend dem Stimmenanteil der Parteien vergeben werden.

Nachdem der Verfassungsgerichtshof das vom Gemeinderat bereits beschlossene Wahlrecht für MigrantInnen auf Bezirksebene aufgehoben hat, sind die Verantwortlichen der Stadt Wien in eine unverständliche Lethargie verfallen. Die Grünen kämpfen auf allen Ebenen weiterhin für das MigrantInnen-Wahlrecht auf Bezirks-, Gemeinde- und Landesebene. Im Unterschied zur SPÖ fordern die Wiener Grünen auch eine Gleichstellung von sogenannten Drittstaatsangehörigen mit EU-BürgerInnen.

Im Grünen Wien haben alle Menschen, die am jeweiligen Stichtag ihren Hauptwohnsitz in Wien haben, das kommunale Wahlrecht.

6.5.3 Demokratisierung der Bezirke

Die Bezirksvertretung ist das direktdemokratisch legitimierte Organ auf Bezirksebene. Trotzdem ist es so, dass Beschlüsse der Bezirksvertretung nur als Antrag an die Verwaltung gelten. Ob sie umgesetzt werden oder nicht, entscheidet letztlich der Magistrat.

Das Grüne Wien demokratisiert die Wiener Stadtverfassung: Aufwertung der Bezirksvertretungen, so dass ihre Beschlüsse für den/die BezirksvorsteherIn und die Dienststellen der Stadtverwaltung verbindlich sind

Verankerung von Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung
Abschaffung der teuren Funktion der Bezirksvorsteher-StellvertreterInnen

Außerdem werden im Grünen Wien die Bezirkskompetenzen evaluiert (so hat sich beispielsweise die vollständige Dezentralisierung des Ausbaus des Radwegenetzes nicht bewährt und wurde richtigerweise teilweise rückgängig gemacht) und den Anforderungen einer modernen Stadtverwaltung angepasst.

6.5.4 Kinder- und Jugendparlamente

Kinder- und Jugendparlamente gibt es bereits in einigen Bezirken. Für die beteiligten Kinder und Jugendlichen verlaufen sie oft unbefriedigend: Sie investieren viel Zeit in die Vorbereitung, um dann von den Erwachsenen in erster Linie zu erfahren, was alles nicht geht.

Im Grünen Wien werden die Kinder- und Jugendparlamente ausgebaut und besser verankert, so dass Kinder und Jugendliche damit eine echte Lobby haben. Vor allem sind sie in die Kinder- und Jugendpolitik im Bezirk und in der Stadt einzubinden.

6.5.5 Oppositionsrechte stärken

In Wien ist die Einsetzung einer Untersuchungskommission (Gemeinderat) bzw. eines Untersuchungsausschusses (Landtag) ein Minderheitenrecht. Im gesamten Verfahren werden aber alle Entscheidungen mit Mehrheit getroffen. Die Opposition ist derzeit also bei allen Anträgen (z.B. Ladung von ZeugInnen, Vorlage bestimmter Dokumente und Beweismittel) auf die Zustimmung durch die Mehrheitsfraktion SPÖ angewiesen. Die SPÖ nutzt ihre Machtstellung unverfroren aus und verhindert die Aufdeckung und Beseitigung von Missständen.

Im Grünen Wien wird der gesetzliche Rahmen für das gesamte Verfahren so weiterentwickelt, dass die Opposition die treibende Kraft vom Einsetzen bis zum Ende der Untersuchung bleibt. Dadurch können im Grünen Wien Untersuchungskommissionen und -ausschüsse ihren unerlässlichen demokratiepolitischen Auftrag wahrnehmen.

Anfragen sind vor allem für Oppositionsparteien wichtiges Instrument, um Informationen über Verwaltungsmaßnahmen zu erhalten und um Missstände aufzuzeigen. Sinnvoll kann dieses Instrument allerdings nur eingesetzt werden, wenn die AdressatInnen der Anfragen (Bürgermeister und amtsführende StadträtInnen) auch verpflichtet sind, tatsächlich inhaltlich auf die Anfragen einzugehen. Bisher besteht nur die generelle Verpflichtung zur Beantwortung von Anfragen.

Im Grünen Wien wird die Stadtverfassung so geändert, dass Anfragen von der Stadtregierung tatsächlich substantiell inhaltlich zu beantworten sind.